

DIE LINKE.Fraktion im Lüdenscheider Rat,
Albrechtstr. 2, 58507 Lüdenscheid

Bürgermeister
Sebastian Wagemeyer

per Mail

DIE LINKE
Fraktion im Lüdenscheider Rat

Otto Ersching
Fraktionsvorsitzender
Albrechtstr. 2
58507 Lüdenscheid
Telefon 01525 1017418
otto.ersching@rat.lueden-
scheid.de
www.dielinke-maerkischer-
kreis.de

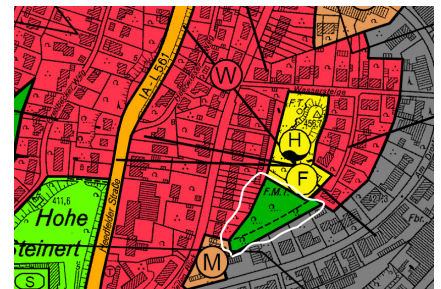
Lüdenscheid, 07.12.2025

Anfrage: Baumfällungen auf der „Hohen Steinert“ (Flurstück 1011) – Widerspruch zu städtischen Klimazielen und Planungsrecht

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wagemeyer,

uns erreichten Hinweise und Bildmaterial aus der Bürgerschaft, die belegen, dass auf dem Flurstück 1011 im Bereich „Hohe Steinert“ (unmittelbar angrenzend an die im FNP als F.M.T./Funkturnm ausgesessene Fläche) im wieder Fällarbeiten an einem alten Baumbestand vorgenommen werden.

Ein Abgleich mit dem Flächennutzungsplan (FNP) der Stadt Lüdenscheid zeigt für dieses Flurstück eindeutig eine Darstellung als Wald. Während die Stadtverwaltung an anderen Stellen im Stadtgebiet Begrünungsmaßnahmen und Baumpflanzungen (Stichwort: „10.000 Bäume“) aktiv vorantreibt, droht hier durch private Faktenbildung ein Verlust von wertvollem Altbestand (Eichen/Buchen).



Das Areal stellt in dem ansonsten dicht bebauten Umfeld eine wichtige ökologische Ausgleichsfläche dar. Gerade vor dem Hintergrund der notwendigen Klimafolgenanpassung sind solche innerstädtischen „Kühlinseln“ unverzichtbar.

Zudem wurde uns berichtet, dass geschlagenes Holz und Totholz großflächig liegen gelassen werden, was teilweise zu Beeinträchtigungen führt.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen zur kommenden Sitzung des Rates der Stadt Lüdenscheid am 15.12.2025:

1. **Kenntnisstand:** Ist der Verwaltung bekannt, dass auf dem genannten Flurstück 1011 immer wieder Fällarbeiten stattfinden?
2. **Rechtliche Grundlage:** Auf welcher rechtlichen Grundlage erfolgen diese Fällungen? Liegt hierfür – insbesondere vor dem Hintergrund der Darstellung im FNP als

Waldfläche – eine forstrechtliche Genehmigung (Waldumwandlungsgenehmigung) vor? Wurde geprüft, ob artenschutzrechtliche Verbotstatbestände betroffen sind?

3. **Planungsrechtliche Einordnung:** Teilt die Verwaltung die Auffassung, dass eine Rodung der Fläche dem im FNP dargestellten Planungsziel (Wald) widerspricht? Wie bewertet die Verwaltung die Fläche im Hinblick auf den Charakter als „Außenbereich im Innenbereich“?
4. **Sicherung & Verhinderung:** Welche rechtlichen Möglichkeiten sieht die Stadt, um den Verlust dieses klimarelevanten Bestandes kurzfristig zu stoppen (z.B. durch Erlass einer Veränderungssperre gem. § 14 BauGB flankiert von einem Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan zur Sicherung als Grünfläche)?
5. **Gefahrenabwehr:** Wie bewertet die Verwaltung die Situation vor Ort bezüglich des liegengebliebenen Schnittguts? Gehen hiervon Gefahren oder unzumutbare Beeinträchtigungen für die Allgemeinheit aus, und ist eine Ordnungsverfügung geplant?

Otto Ersching
Fraktionsvorsitzender

Jennifer Schmidt
stellv. Fraktionsvorsitzende

Daniela Eichstädt
Ratsfrau

Anhang:

